

13. Juli 2012

## Handelsblatt

*Dass die Euro-Krise soziale Unruhen auslösen könnte, hält der Bonner Wirtschaftsforscher Zimmermann für ein realistisches Szenario. Im Interview skizziert er, was jetzt zu tun ist, um das Schlimmste zu verhindern.*



Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Berater der Europäischen Kommission und der Weltbank zu Beschäftigungsfragen.

**Handelsblatt Online: Die Internationale Arbeitsorganisation (Ilo) warnt wegen einer womöglich massiv steigenden Erwerbslosigkeit vor Unruhen in der Euro-Zone. Ist die Warnung berechtigt?**

**Klaus F. Zimmermann:** Die Ermahnungen des ILO-Reports sind jetzt angebracht und die möglichen Schwierigkeiten sind riesengroß. Denn für die Akzeptanz der europäischen Idee ist jetzt die Frage entscheidend: Wie kommen wir in der Europäischen Union zu neuen Jobs? Ziel der EU ist es gemäß den jüngsten Beschlüssen bis 2020 17,6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, also eine Erwerbsquote von 75 Prozent bei den 20- bis 64-Jährigen zu erreichen. Derzeit liegt diese Quote bei 69 Prozent. Das gesteckte Ziel ist also überaus ehrgeizig.

**Und mit den Krisenländern womöglich nicht zu erreichen?**

Die Menschen in den Krisenstaaten im Süden Europas werden die notwendigen Reformen auf diesem Weg, insbesondere eine größere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte nur mittragen, wenn sie im Gegenzug auch eine realistische Perspektive für mehr Beschäftigung erkennen können. Einer der wichtigsten Ansätze hierfür ist eine Reform der beruflichen Bildung, die in vielen Ländern praktisch nicht existiert. Mit

seinem „dualen System“ hat Deutschland hier ein Modell geschaffen, das in vielem Vorbild sein kann. Deshalb sollten die Kammern, Wirtschaftsverbände und Unternehmen in Deutschland auch im eigenen Interesse unverzüglich beginnen, durch Patenschaften einen Know-how-Transfer zu ermöglichen.

### **Was heißt das konkret, sollen die jungen Leuten zu uns kommen?**

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) schätzt, dass allein in diesem Jahr bei uns rund 80.000 Lehrstellen unbesetzt bleiben. In den kommenden Jahren verschärft sich dieser Mangel noch weiter. Daher ist es klug, ausbildungswilligen jungen Griechen, Spaniern, Italienern bei uns eine Chance zu geben. Viele von diesen jungen Fachkräften werden dann später mit den gewonnenen Erfahrungen wieder in ihre Heimatländer zurückgehen und dort beim weiteren Aufbau helfen, wenn sich dort die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern sobald die Reformen greifen.

### **Lässt sich damit das Schlimmste verhindern?**

Offene Arbeitsmärkte in Europa und eine aktive Förderung von Migration durch ein ganzes Paket konkreter Begleitmaßnahmen sind ganz entscheidende Ansatzpunkte, damit das Krisenszenario der ILO nicht Wirklichkeit wird. Dazu gehört eine europaweit wirksame Arbeits- und Ausbildungsvermittlung.

### **Was erwarten Sie von der EU?**

Die Europäische Union sollte die nationalen Reformanstrengungen dadurch fördern, dass im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt neben strengeren Kontrollmechanismen für ausgeglichene Haushalte auch Anreize für die Beschäftigungsentwicklung, für Innovation und Wachstum vor allem in den Schlüsselbranchen der Zukunft, etwa die Bereiche Energie, Gesundheit, Mobilität, Informationstechnik, eingebaut werden. Fortschritte in den einzelnen Ländern bei der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie der nachhaltigen Schaffung neuer Jobs sollten entsprechend prämiert werden. Dies gilt insbesondere für die Aufgaben, Jüngere früher und besser in Arbeit zu bringen, Ältere länger in Beschäftigung zu halten und die weibliche Erwerbsquote zu erhöhen. Geld für derartige Anreizprämien ist in den einzelnen EU-Fonds durchaus vorhanden, wenn man die Mittel entsprechend konzentriert.

### **Werden die Gewerkschaften das auch mittragen?**

Auch auf die Gewerkschaften kommt eine große Bewährungsprobe zu. Sie dürfen nicht der Versuchung erliegen, durch populistische Kampagnen die Ängste der Bürger in den Krisenstaaten noch zusätzlich zu schüren. Das wäre nicht nur Gift für den sozialen Frieden dort, sondern auch für die notwendige Investitionsbereitschaft der Wirtschaft in den Ländern im Süden Europas.